

Ersch. u. Redaktion  
Dresden-Neustadt  
S. Weinhauer Gasse 4.  
Die Zeitung erscheint  
Montag,  
Donnerstag und  
Samstagabend  
früher.

Aboonements-  
Preis:  
Wochentl. M. 1,50.

Zu bezahlen durch  
die konsolidierten Post-  
anstalten und durch  
unseren Boten.  
Bei freier Lieferung  
im Hause erhebt die  
Post noch eine Ge-  
bühr von 25 Pf.

88,50  
96,25  
108,50  
114,25  
118,00  
122,50  
128,00  
132,50  
138,00  
144,00  
148,00  
152,50  
158,00  
164,00

# Sächsische Dorfzeitung.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Amtsblatt für die lgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt,  
für die Ortschaften des lgl. Amtsgerichts Dresden, sowie für die lgl. Forstrentämter Dresden,  
Tharandt und Moritzburg.

Berantwortlicher Redakteur und Verleger Hermann Müller in Dresden.

Auflage  
werden bis Montag,  
Mittwoch u. Freitag  
Mittag angenommen  
und losen:  
die 1 Spalt. Seite 15 Pf.  
Unter Einzelhandel:  
80 Pf.

Abonnementen:  
Annahmestellen:  
Invalidenanstalt,  
Hausenstein & Vogler,  
Rudolf Moos,  
G. L. Tanne & Co.  
in Dresden, Leipzig,  
Frankfurt a. M.,  
G. Kroll, Kreis-dorf,  
Hugo Mühlner,  
Körschenbroda  
u. j. m.

Nr. 132.

Donnerstag, den 8. November 1900.

62. Jahrgang.

## Politische Weltanschauung.

**Deutsches Reich.** Der Reichstag soll dem Berneben nach am 14. November, mittags 12 Uhr, im Weißen Saale des Berliner Stadtschlosses vom Kaiser persönlich mit der Verlesung der Thronrede eröffnet werden.

Nachdem im Laufe der letzten Zeit verschiedene erledigte Mandate durch Neuwahlen besetzt worden sind, werden die Parteien am 14. November in folgender Stärke in den Reichstag einziehen: 49 Deutsch-konservative, 21 Reichspartei, 107 Centrum, 50 National-liberale, 13 freisinnige Vereinigung, 27 freisinnige Volkspartei, 7 deutsche Volkspartei, 56 Socialdemokraten, 14 Polen. Die deutsch-sociale Reformpartei ist zerfallen und den Fraktionslosen zuzuzählen; zu diesen gehört noch der Rest der Mitglieder. Diese Zahlen bedeuten gegen die Zusammensetzung am Schlusse der ersten Tagung 1898/1900 gegen Mitte Juni d. J. in den hauptsächlichsten Parteien eine Zunahme von je einer Stimme bei den Nationalliberalen und den Socialdemokraten und eine Abnahme von je 2 Stimmen bei den Deutsch-konservativen und der deutsch-socialen Reformpartei. Centrum, freisinnige Volkspartei und Polen treten wieder mit dem alten Bestande an.

In dem Strafprozeß gegen den Berliner Bankier Sternberg wegen Sittlichkeitvergehen, der seit der ganzen vorigen Woche die Aufmerksamkeit der Reichshauptstadt allein in Anspruch nimmt, ist es zu sensationellen Entdeckungen gekommen, welche die Berliner Kriminalpolizei betreffen. Der Kriminalschwartzmann Stierländer wird beschuldigt, ein halbwüchsiges Mädchen, das den Angeklagten in einem früheren Prozeß schwer belastet hat, zu den Aussagen, welche die Zeugin jetzt vollständig zustimmt, angestiftet zu haben. Andererseits wird der Kriminalkommissar Thiel beschuldigt, sich für die Entlastung des Angeklagten durch die gegenwärtige Prozeß-Behandlung bemüht und unzulässige Einwirkungen in dieser Beziehung gesübt zu haben; es wird angegedeutet, daß damit die vollständige Rendierung der Aussagen der erwähnten Zeugin zusammenhängt. Endlich ist zur Sprache gekommen, daß der Polizeidirektor von Meerscheidt-Hüllessem wiederholt Geld von dem Angeklagten geborgt habe. In einem Falle soll es auf eine inzwischen zurückgezahlte Hypothek geschehen sein, die angeblich absolut sicher war; aber auch dann würde es sich fragen, ob das Darlehnsgeschäft zu einer Zeit stattgefunden hat, als die Polizei und die Gerichte sich mit dem Angeklagten beschäftigten. Das unliebsame Aufsehen, das diese Vorgänge erregt haben, wird ohne Zweifel zur Einleitung von Disciplinarunter-

suchungen führen, denn es ist kaum zu erwarten, daß durch die weiteren Aussagen, welche die beteiligten Beamten machen, die Beschuldigungen völlig aufgeklärt werden können. Halbamtlich schreibt bereits die von dem Ministerium des Innern herausgegebene "Berliner Korrespondenz": "Die Vorommunisten in dem jetzt schwedenden Sternberg'schen Prozeß, insbesondere das Verhalten der beteiligten Kriminalbeamten, werden von den vorgesetzten Instanzen eingehend verfolgt. Das Polizei-Präsidium hat, um volles Licht über die Angelegenheit zu verbreiten, den betreffenden Beamten unter Entbindung von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit die Erwähnung zu uneingeschränkter Aussage ertheilt. Ebenso nimmt im Auftrage des Polizeipräfidenten der Chef der Kriminalabteilung, Regierungsrath Dieterich, mit Erlaubnis des Gerichtshofs, an den Prozeßverhandlungen teil. Der Kriminalschwartzmann Stierländer und der Kriminalkommissarius Thiel haben dienstliche Funktionen gegenwärtig nicht aus. Die zu ergreifenden disciplinaren Maßregeln müssen, um dem Gang des gerichtlichen Verfahrens nicht vorzugreifen, einstweilen vorbehalten bleiben. Nach Klärung der Sachlage im gerichtlichen Verfahren wird im Disciplinarwege sofort und unnachlässlich eingeschritten werden, die erforderlichen Ermittlungen sind sofort eingeleitet." Infolge der Vorgänge hatte der Reichskanzler Graf Bölow am 5. November den preußischen Minister des Inneren Frhrn. v. Rheinbaben zu einer Besprechung eingeladen.

Die preußische Regierung beschäftigt sich seit einiger Zeit mit einem preußischen Wohnungsgesetz und es wurde schon in verschiedenen Blättern gemeldet, die Vorlage sei bereits fertig, vom Staatsministerium gebildet und werde als eine der ersten den Landtag in der kommenden Session beschäftigen. Dem entgegen erscheint eine gut unterrichtete Stelle, daß sich die preußische Staatsregierung zwar gelegentlich mit der Wohnungfrage beschäftigt, doch sind die Arbeiten noch nicht so weit gediehen, daß der zu beschreibende Weg mit Sicherheit festgelegt werden könnte. Es ist daher auch noch fraglich, ob der Landtag sich bereits in diesem Winter mit einer entsprechenden Vorlage zu beschäftigen haben wird.

In Anhalt beschäftigt sich seit einiger Zeit die öffentliche Meinung mit der Scheidung des Ehe des Prinzen Albert von Anhalt und seiner Gemahlin, einer geborenen Prinzessin zu Schleswig-Holstein. Es war schon seit Monaten bekannt, daß seitens des herzoglich anhaltischen Hauses Schritte zur Scheidung des Prinzen Albert von seiner kinderlosen Gemahlin eingeleitet waren. Aus nabellegenden Gründen hatte aber die anhaltische Lokalpresse über diese immerhin peinliche

Angelegenheit bisher Schweigen beobachtet. Da jedoch die auswärtige Presse nun die Sache so darstellt, als sei die Einleitung der Scheidung erst jetzt erfolgt und zwar lediglich von dem Vater des Prinzen ausgehend, so legt sich auch die anhaltische Presse eine längere Zurückhaltung nicht mehr auf und bringt Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß, wie schon oben bemerkt, das herzogliche Haus die Initiative in dieser Angelegenheit seiner Zeit ergriffen hat.

Bei der am 5. November vorgenommenen Landtagswahl im Herzogtum Sachsen-Anhalt unterlagen die Socialdemokraten den vereinigten bürgerlichen Parteien. Der Eintritt socialdemokratischer Abgeordneter in den Landtag ist damit verhindert.

Die bereits mehrfach erwähnte Goldbarren-Angelegenheit findet nun folgende Auklärung: Der Deutschen Bank und der Dresdner Bank ist seiner Zeit ein Posten Gold, der von den Transvaal-Minen aus zum Verband nach Europa gebracht werden sollte, durch die Transvaalregierung beschlagnahmt worden. Der Betrag wurde indessen den beiden Banken durch die Versicherungsgesellschaften, welche die Versicherung von den Mingen aus übernommen hatten, voll vergütet, so daß den erwähnten Banken an dem nunmehr in Hamburg angelkommenen, ursprünglich in Transvaal beschlagnahmten Gold keine Rechte mehr zu stand. Nun glaubten aber beim Entreffen des Goldes die Versicherungsgesellschaften, kein Recht zum Eingreifen zu haben und nahmen an, daß das Gold der Transvaalregierung gehöre. Sie traten daher an die beiden Banken mit dem Ersuchen heran, das Gold ihrerseits mit Beslag zu beladen und diesem Ersuchen ist Folge geleistet worden. Die liefernde Firma hat Protest gegen die Beschlagnahme eingelegt und die Entscheidung wird auf dem Wege des Prozesses zu erfolgen haben.

**Frankreich.** Präsident Douhet weilt seit dem 4. November in Lyon, wo ein dem ermordeten Präsidenten Carnot errichtetes Denkmal enthüllt ward. Zu der Feier, die durch einige kleinere sozialistische Demonstrationen getröstet wurde, ist auch eine Copeche des Kaisers von Russland eingetroffen, in welcher dieser sagt, die Einweihung des Denkmals Carnot's rufe ihm die wichtigen Dienste in's Gedächtnis, welche Carnot Frankreich geleistet und seine aktive Beteiligung an dem großen Werke der Annäherung der beiden befreundeten und verbündeten Länder, die ihrem Weise nach einen friedlichen Zweck verfolge. In dem Telegramm bringt der Kaiser auf's Neue die Gefühle seiner aufrichtigen und unwandelbaren Freundschaft zum Ausdruck. Nachdem das Telegramm unter lebhaftem Beifall der Anwesenden verlesen worden war, sagte Präsident

## Feuilleton.

### Camilla Heinberg.

Erzählung von F. Arnfeldt.

(Nachdruck verboten.)

(16. Fortsetzung.)

"Ach, dahin bringt Du sie ja selbst", sagte sie, ihn mit Wohlgefallen betrachtend, "ehe vier Wochen in's Land gehen, ist sie Deine Braut. Jetzt ist es aber Zeit, daß Du gehst. Sie würdet sich sonst, wo ich so lange bleibe und an den alten Peters haben wir auch einen Aufpasser."

"No, den löst man nächstens fliegen. Gute Nacht, Schwesterchen. Auf baldiges Wiedersehen!" Er streifte mit seinen Lippen flüchtig ihr Gesicht und entfernte sich. Vina kehrte zu Frau Heinberg zurück, aber es war ihr nicht wohl zu Lüthe. Camilla schien ihr Wünschen nicht so gefügig, wie sie dem Bruder versichert hatte.

10.

Dreißigtausend Mark für Euch beide! Das ist ja ein Lumpengeld, ein wahrer Standart. Das solltet Ihr eigentlich gar nicht annehmen!" polterte der habstücker Röbel, mit großen Schritten im Zimmer seiner Schwester auf- und abwandend, so daß eins und das andere der ziemlich eng stehenden Möbel in Gefahr geriet, von ihm umgerannt zu werden.

Es war wenige Stunden nach der Eröffnung des Testaments und Anton Röbel im Begleitung seines

Sohnes Bernhard gekommen, um zu hören, mit welcher Summe seine Schwesterlinder bedacht worden waren. Die Mitteilung, daß die ihnen zufallende Erbschaft sich im Ganzen auf 30 000 Mark belief, hatte ihn in den höchsten Born versetzt und nach vielem Toben und Schelten war ihm die lezte Neuerung erfahren, die er allerdings bereute, sobald er sie gehörte, denn die, wie gewöhnlich in ihrem Rollstuhle am Tische sitzende Pastorin rief lebhaft:

"Das hört Ihr es nun, Kinder! Onkel Anton ist auch der Meinung!"

"Welcher?" fragte Röbel, neben seiner Schwester stehenbleibend.

"Nun, daß sie das Geld nicht nehmen sollten", erwiderte die alte Dame; "ich bin so empört, daß ich Ihnen das sogleich gerathen habe; aber Sie wollen ja beide nichts davon hören."

"Und wenn Du Dir die Sache reißlich überlegt haben wirst, dann wirst Du einsehen, daß wir nicht richtig handeln würden, wenn wir es thäten", sagte Georg Lepel, der, nachdem er seinem Onkel die gewünschte Auskunft gegeben, dessen Toben stillschweigend und gelassen angehört hatte. Jetzt trat er ebenfalls an den Tisch und legte die Hand ruhigend auf den Arm der alten Frau.

Röbel schmunzelte. "Sieh' mal einer den Georg an, daß hätte ich Dir gar nicht zugetraut; denkt, etwas ist besser als nichts. Kannst recht haben. So halt' id's auch nicht gemeint."

"Wie denn sonst?" fragte seine Schwester.

"Ja nun, ich meinte, ob sich das Testament nicht angreifen, nicht umstoßen ließe. Ein geschickter Rechts-

anwalt wird schon irgendwo etwas finden, woran sich anknüpfen ließe."

"Auf keinen Fall! Dazu bieten wir nie und nimmer die Hand!" rief j. v. Alwine Lepel. Sie war anscheinend in häuslichen Geschäften, in Wahrheit aber, um sich den plumpen Huldigungen ihres Bruders Bernhard zu entziehen, ab- und zugegangen, hatte die letzten Worte des Onkels gehört und war dadurch auf das Unangenehme berührt worden.

"Besser Heinberg könnte mit dem von ihm erworbenen Geld machen, was er wollte, er hatte durchaus keine Verpflichtung, uns etwas zu hinterlassen", sagte sie hinzu.

"Und weil er die nicht hatte, wäre jeder Versuch, sein Testament anzutreten, einfach lächerlich", erklärte Georg.

"Du scheinst ganz vergessen zu haben, Onkel, daß wir keine Reicherben, sondern entfernte Verwandte sind, die im Testamente gar nicht genannt zu werden brauchen."

"Sieh' da, hast Dich ja sehr genau unterrichtet; vielleicht schon selbst mit einem Rechtsanwalt gesprochen. Also nichts zu machen?" sagte Röbel mit einem solchen Gewisch von Spott und Bewunderung, daß Alwine entrüstet aussrief:

"Dazu bedarf es seiner Erkundigung beim Rechtsanwalt, sondern nur des geübten Rechtsverständnisses und des einfachsten Kunstdenkens."

"Alwine!" sagte die Pastorin verweisend. Ihr Bruder verteidigte sich aber vorsichtig und "n' gegen'e:

"Dark für gütige Belohnung, Foul-in Richt'e." Sieh' an seinem R. f. n. wendend, läutete er hinzu: "Das Geld wird also angenommen?"